
Antizyklische Fiskalpolitik und *deficit spending* als Kern des Keynesianismus?

Eine „schier unausrottbare Fehlinterpretation“

Norbert Reuter

John Maynard Keynes gilt gemeinhin als ein Ökonom, der mittels antizyklischer Fiskalpolitik das kapitalistische Wirtschaftssystem dauerhaft stabilisieren zu können glaubte, wobei die Finanzierung der jeweils durchzuführenden staatlichen Investitions- und Konjunkturprogramme durch Kreditaufnahme (*deficit spending*) erfolgen sollte. Da die Tilgung derart entstandener staatlicher Defizite jeweils einen neuerlicher Konjunkturaufschwung voraussetzt, hat sich die „schier unausrottbare Fehlinterpretation“¹ durchgesetzt, der Keynesianismus gelte allenfalls für Zeiten, die durch einen starken Wachstumstrend charakterisiert sind. Darüber hinaus fehle es ihm jedoch an einer Langfristperspektive.²

Trotz dieser Kritik nahm der Keynesianismus in der westlichen Welt über längere Zeit hinweg sowohl in der Wirtschaftstheorie als auch in der Wirtschaftspolitik eine Führungsrolle ein. Keynes' Wirtschaftstheorie bildete erklärtermaßen die Grundlage der Wirtschaftspolitik westlicher Industrieländer der 1960er und 1970er Jahre. Vom damaligen amerikanischen Präsidenten Richard Nixon wird berichtet, er habe 1971 den mittlerweile berühmten Satz „We are all Keynesians now“ ausgesprochen. Mit dem Rückgang der Wachstumsraten, dem Ausbleiben kräftiger Wachstumschübe und dem parallel verlaufenden Anstieg der staatlichen Defizite wurde jedoch bereits kurz darauf das „Ende der keynesianischen Ära“ eingeläutet.³ Die Wirtschaftspolitik vieler Länder schwenkte auf theoretische Konzepte zurück, die sich wieder stärker an der Idee der Selbstregulierung der Märkte orientierten.

Keynesianische Wirtschaftstheorie und -politik stehen seitdem in dem Ruf, allenfalls in Phasen starken Wachstums zur Abfederung konjunktureller Unterbrechungen brauch- und anwendbar zu sein. Gemäß dieser Logik hat der Keynesianismus angesichts langfristig abnehmender Wachstumsraten seine Zeit hinter sich. Tatsächlich hat, wie Mattfeldt feststellt, „(...) die vermeintlich mechanistische Zusammenhangs- und Gleichge-

wichtshydraulik seiner Argumentation (...) in den Lehrbüchern und im Studium der Wirtschaftswissenschaften (...) seit Jahrzehnten ganze Generationen von theoretischen wie praktischen Ökonomen davon abgehalten, sich mit den Implikationen und Reformpotenzialen des Keynes'schen Werkes auseinanderzusetzen.“⁴

1. Wirtschaftliche Entwicklung in Stadien und die wirtschaftspolitischen Implikationen

Die Identifizierung der Keynes'schen Theorie mit einer antizyklischen Fiskalmechanik stellt das Keynes'sche Verständnis von historisch rückgebundener Theorie geradezu auf den Kopf. In seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ aus dem Jahr 1936 lassen sich – ohne dass Keynes dies explizit zum Gegenstand seiner Ausführungen gemacht hat – bereits zwei Hauptstadien der kapitalistischen Entwicklung unterscheiden, die Crotty folgendermaßen umschrieben hat: „Specifically, Keynes argues that nineteenth-century capitalism differed in institutional and class structure as well as in agent behavior patterns from post World War I capitalism. Because of these institutional differences, nineteenth-century capitalism exhibited impressive economic growth and stability, whereas twentieth-century capitalism was prone to stagnation-depression as well as to bouts of extreme instability.“⁵

Die Tatsache, dass Crotty noch 1990 die „These“ begründen zu müssen glaubt, „(...) that Keynes's theory is institutionally and historically contingent“,⁶ dokumentiert schlaglichtartig die vorherrschende Ignoranz gegenüber den theoretischen Inhalten des Keynes'schen Gesamtwerks, speziell auch der Tatsache, dass sich Keynes immer wieder ausführlich mit der Veränderung marktwirtschaftlich organisierter Industriegesellschaften im Zeitablauf beschäftigt hat. Auf Grund theoretischer Überlegungen stand für ihn fest, dass wegen nachfragetheoretisch zu begründender Wachstumsabschwächung in der Zukunft eine wirtschaftspolitische Neuorientierung stattfinden muss, die den Übergang vom primär privatwirtschaftlichen über den vorwiegend öffentlichen Investitions- und Akkumulationstypus zur tendenziell wachstumsfreien Wirtschaft angemessen zu unterstützen hat. Entsprechend bedarf jede Phase einer ihr entsprechenden Wirtschaftspolitik, so dass sich – mit jeweiligem Bezug auf verschiedene historische Entwicklungsphasen – im Keynes'schen Werk unterschiedliche Maßnahmenkataloge finden. Eine Reihe von Einschätzungen, die die Keynes'sche Theorie als in sich „widersprüchlich“ sehen, dürften daher auf dem Missverständnis beruhen, Keynes hätte eine raum- und zeitunabhängige „general theory“ – wie der Titel seines Hauptwerks suggeriert – zu entwerfen beabsichtigt.⁷

Die historische Rückgebundenheit des Keynes'schen Werkes dokumentiert in besonderer Weise eine relativ unbekannt gebliebenen Analy-

se der Zukunft westlicher Nachkriegsgesellschaften, die Keynes im Mai 1943 vorgelegt hat.⁸ Bereits während des Krieges wurden auf Initiative des englischen Finanzministeriums Expertenrunden über ökonomische Probleme der Nachkriegsentwicklung organisiert, in deren Rahmen eine Reihe von Memoranden entstanden.⁹ Mit einem Papier, das dem Problem der Arbeitslosigkeit in der Zukunft gewidmet war, reagierte Keynes auf Vorschläge von Hubert Henderson und James E. Meade, die ihm nur unzureichend zwischen kurz- und langfristigen wirtschaftspolitischen Anforderungen unterschieden hatten. Auch wenn es sich nur um eine Darstellung von wenigen Seiten handelt, die sich zudem explizit auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht, findet sich in diesem drei Jahre vor seinem Tod entstandenen Dokument gewissermaßen die Quintessenz seiner langjährigen wirtschaftstheoretischen und -politischen Erkenntnisse. Insofern stellt dieses Papier alles andere als einen theoretischen Bruch mit früheren Theorien dar. In konzentrierter Form dokumentiert es seine Sichtweise grundsätzlicher Entwicklungsphasen des Kapitalismus. Für die Zeit nach dem Krieg prognostiziert Keynes drei voneinander abgrenzbare Phasen:¹⁰

In einer *ersten Phase* besteht ein erheblicher Bedarf an Investitionen, um die hohe Nachfrage (bedingt vor allem durch Wiederaufbau, Nachholbedarf, Mangel an Grundbedarfsgütern) decken zu können. Das notwendige Investitionsvolumen liegt in dieser Phase deutlich über dem Sparniveau, so dass weniger als erforderlich investiert werden kann. Gewinne werden kontinuierlich in neue Produktionsanlagen investiert, sei es, um vorhandene Kapazitäten zu erweitern, sei es, um neue Produkte, für die auf Grund niedriger Güterausstattung der Haushalte eine hohe Aufnahmembereitschaft besteht, auf den Markt zu bringen. Die optimistischen Absatz- und die damit verbundenen Renditeerwartungen („Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“) werden auf Grund der dynamischen Nachfrage tendenziell erfüllt, so dass Gewinne immer wieder kapazitätswirksam investiert werden. Das „Akkumulationskarussell“, also die Abfolge von Gewinnerwartung, Investitionen und bestätigten Gewinnerwartungen, kommt marktendogen initiiert in Fahrt und führt zu einem kontinuierlichen Kapazitätsaufbau. Die hohen Wachstumsraten ermöglichen den Unternehmen hohe Gewinne, lassen die Beschäftigung steigen, und höhere Realeinkommen bescherten dem Staat ein hohes Steueraufkommen, das wiederum zur Steigerung der kollektiven Wohlfahrt, zum Ausbau der Infrastruktur, zur Absicherung und Erweiterung der sozialen Sicherungssysteme etc. verwendet werden kann.

Um inflationäre Tendenzen zu unterdrücken, bedarf es in dieser Phase nach Keynes einer Wirtschaftspolitik, die einerseits die Höhe des Investitionsvolumens mittels geeigneter Kontrollen reguliert und andererseits auch nicht vor Bewirtschaftungsmaßnahmen zurückschreckt, um den Konsum zu dämpfen und damit die Ersparnisbildung zu fördern. Als vor-

dringlichste Aufgabe der Wirtschaftspolitik dieser Phase sieht Keynes, die Bereitstellung des erforderlichen hohen Kapitalbedarfs für Investitionen zu unterstützen. Dieser Zeitabschnitt lässt sich als die Investitions- und Wachstumsphase des (Nachkriegs-)Kapitalismus bezeichnen.

In einer *zweiten Phase*, die den Übergang in ein grundsätzlich verändertes Investitionsregime markiert, entspricht das notwendige Investitionsvolumen weitestgehend der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis. Einerseits nimmt mit der Verengung renditeträchtiger Investitionsgelegenheiten die Investitionsbereitschaft ab, so dass es zu einem nachlassenden privatwirtschaftlichen Kapitalbedarf kommt, andererseits sind die drängendsten Bedürfnisse zunehmend befriedigt, was eine höhere Ersparnisbildung nach sich zieht. In der „Allgemeinen Theorie“ hat Keynes diese Prognose ausführlich mikroökonomisch begründet, worauf noch genauer eingegangen wird.

Da der relativ abnehmenden konsumtiven Nachfrage ein relativer Rückgang der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit entspricht, geht Keynes davon aus, dass bereits in dieser Phase zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes ein nicht unbeträchtlicher Anteil aller getätigten Investitionen von öffentlichen Stellen entweder selbst getätigt oder zumindest von ihnen beeinflusst werden muss. Als positiven Nebeneffekt eines solchen sukzessiven Übergangs von einem privatwirtschaftlichen zu einem gesamtgesellschaftlich ausgerichteten öffentlichen Investitionsregime sieht Keynes die Glättung von stärkeren Wirtschaftsschwankungen: „Wenn zwei Drittel oder drei Viertel aller Investitionen getätigt sind oder von öffentlichen oder halböffentlichen Körperschaften beeinflusst werden können, sollte ein langfristiges und solides Programm in der Lage sein, den möglichen Schwankungsbereich von wirtschaftlichen Fluktuationen in wesentlich engeren Grenzen zu halten als früher, als ein kleinerer Teil der Investitionen unter öffentlicher Kontrolle stand und sogar dieser Teil die Tendenz hatte, den Schwankungen im strikt privaten Sektor der Wirtschaft zu folgen, statt sie zu korrigieren.“¹¹ Dieser Zeitabschnitt lässt sich als Übergangsphase vom Wachstums- in das Stagnationsstadium bezeichnen.

Die sich anschließende *dritte Phase* – von Keynes bezeichnenderweise auch als „goldenes Zeitalter“ bezeichnet – ist von einem im Vergleich zum Investitionsvolumen (auf Vollbeschäftigungsniveau) höheren Sparniveau als Ausdruck einer sinkenden Attraktivität des Konsums infolge einer zwischenzeitlich erreichten hohen Güterausstattung der Haushalte geprägt. Sättigungstendenzen auf einer größer werdenden Zahl von Märkten lassen bislang eindeutige „Nachfragesignale“ immer undeutlicher und uneinheitlicher werden, so dass für Investoren die sichere Kalkulationsgrundlage früherer Zeiten fehlt. Für den einzelnen Unternehmer steigt die Unsicherheit über Möglichkeiten und Richtungen zukünftigen

Absatzes, so dass privatwirtschaftliche Investitionen an Dynamik verlieren.

Die Wirtschaftspolitik muss auf dieser Stufe im Gegensatz zur ersten Stufe nun für eine hohe und – wie Keynes ausdrücklich betont – „sinnvolle“ Konsum- und Investitionstätigkeit sorgen und so dem Sparen entgegenwirken. Allerdings sieht er hierfür nur begrenzte Möglichkeiten. Viel eher sei davon auszugehen, dass die Investitionen so weit vom Volumen her abnehmen werden, dass sie früher oder später allein aus den Abschreibungen finanziert werden können. Keynes zeichnet also das Bild einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße hinter ihren Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, d. h. weniger akkumuliert und produziert, als sie akkumulieren und produzieren könnte. Dies macht – vor allem vor dem Hintergrund des gleichzeitig voranschreitenden Produktivitätsfortschritts – eine sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit unumgänglich. Auf dieser Entwicklungsprognose gründet sich auch die Charakterisierung dieses Zeitalters als „goldenes“: „Wenn die dritte Phase in Sicht kommt, wird (...) (es) notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten.“¹² Am Horizont sah Keynes also deutlich Umriss einer Gesellschaft, in der Wachstum keine größere Bedeutung mehr haben wird. Insofern lässt sich diese Entwicklungsstufe auch als Stagnationsphase bezeichnen. Mit Blick auf diese letzte Stufe kann der Keynesianismus auch als „Stagnationstheorie der langen Frist“ bezeichnet werden.¹³

Da dieses Zeitalter für Keynes aber noch in der Zukunft liegt, bleiben seine Ausführungen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung sehr vage; eine Auseinandersetzung über die zweite und dritte Phase hielt er 1943 noch für „rein akademisch“. In künftigen Phasen sich einstellende wirtschaftliche Probleme müssten mit dem dann zur Verfügung stehenden Wissen und den bis dahin gemachten Erfahrungen flexibel und vor allem experimentierfreudig angegangen werden. „Sollte es dennoch zu einer größeren Schwankung kommen, wird es schwierig sein, geeignete, genügend kurzfristig wirkende Gegenmaßnahmen zu finden. Dies kann nur durch flexible Methoden mit Hilfe von Versuch und Irrtum auf der Basis von Erfahrungen erreicht werden, die erst noch gesammelt werden müssen.“ Hinsichtlich der grundsätzlichen Möglichkeit zur Stabilisierung einer zukünftig weitgehend wachstumsfreien Wirtschaft zeigt er sich aber optimistisch: „Wenn die Behörden aber genau wissen, was sie versuchen wollen, und wenn sie ausreichende Machtmittel haben, sollte ein annehmbarer Erfolg bei der Durchführung der Aufgaben nicht allzu schwierig sein.“¹⁴

Es wurde bereits erwähnt, dass diese Einschätzung der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus konstitutiver Bestandteil der gesamten theo-

retischen Arbeiten Keynes ist und keineswegs einen Fremdkörper darstellt. Entsprechend hatte er bereits 1925, also 18 Jahre vor seiner Nachkriegs-Prognose und elf Jahre vor der Veröffentlichung der „Allgemeinen Theorie“, unter Verweis auf den amerikanischen Nationalökonom John R. Commons eine epochenübergreifende Langfristprognose des Kapitalismus vorgelegt. Mit Commons unterscheidet er schon hier insgesamt drei Entwicklungsphasen – das „Zeitalter der Knappheit“, das „Zeitalter des Überflusses“ und die „Periode der Stabilisierung“.¹⁵ Die Kernaussagen des auf die Nachkriegszeit zugespitzten Drei-Phasen-Schemas sind hier bereits vollständig enthalten.

2. Die theoretische Fundierung der Keynes'schen Stadientheorie

Bevor Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ den Wandel gesellschaftlicher Bedingungen umfassend wirtschaftstheoretisch verarbeitete, griff er 1930 das Problem nachfrageseitig verursachter Wachstumsgrenzen in einem visionären Aufsatz mit dem Titel „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ aus anthropologischer und soziologischer Perspektive erneut auf. Um die wesentlichen Probleme der Zukunft in den Blick zu bekommen, suchte er sich hier von „der kurzen Sicht“ freizumachen und die folgende Frage zu beantworten: „Welchen Stand des wirtschaftlichen Lebens können wir vernünftigerweise von jetzt an in hundert Jahren erwarten? Was sind die wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder?“¹⁶ In dieser Fragestellung spiegelt sich nicht nur seine Grundauffassung wider, dass die jeweilige Wirtschaftspolitik nur von den zukünftigen Anforderungen her gedacht und formuliert werden kann, sondern auch seine theoretische Ausrichtung auf die lange Frist tritt hier klar zutage.

Wie sich rückblickend feststellen lässt, hat Keynes die Dynamik des Wachstums, das er mit „Fortschritt“ gleichsetzt, weitgehend richtig erfasst. 1928 ging er davon aus „(...) dass es uns allen von heute an in hundert Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht im Durchschnitt achtmal besser geht als heute.“¹⁷ Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den gut fünfzig Jahren nach dem Einbruch durch den Zweiten Weltkrieg – also in der Hälfte des von Keynes anvisierten Zeitraums – real etwas mehr als verfünffacht. Ein stärkeres Wachstum als von ihm prognostiziert, hielt er aber auch nicht für unmöglich, denn er hat vorsichtshalber hinzugefügt: „Es wäre aber auch nicht unsinnig, mit der Möglichkeit eines noch viel rascheren Fortschritts (i. e. Wachstum, N. R.) zu rechnen.“¹⁸

Gleichwohl hielt Keynes wirtschaftliches Wachstum für ein zeitlich vorübergehendes Phänomen.¹⁹ Die Ursachen einer in der Zukunft zu erwartenden Wachstumsabschwächung begründete er hier wie an anderer Stelle nicht Angebots-, sondern nachfragetheoretisch – und zwar mit der

Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse. Er unterscheidet grundsätzlich zwei Arten von Bedürfnissen, nämlich „absolute“ und „relative“. Erstere sind von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen weitgehend unabhängig, stellen also menschliche Grundbedürfnisse dar, die prinzipiell der Sättigung unterliegen: „(E)s mag bald ein Punkt erreicht sein, vielleicht viel eher, als wir uns alle bewusst sind, an dem diese Bedürfnisse in dem Sinne befriedigt sind, dass wir es vorziehen, unsere weiteren Kräfte nichtwirtschaftlichen Zwecken zu widmen.“²⁰

Mit der zweiten Kategorie von Bedürfnissen greift Keynes auf Erkenntnisse zum „Demonstrationskonsum“ zurück, worunter jener Konsum verstanden wird, der ausschließlich darauf gerichtet ist, die Überlegenheit über seine Mitmenschen zu demonstrieren. Der Entdecker des Demonstrationskonsums, Th. B. Veblen, hatte diesen definiert als „(...) a striving to be, and more immediately to be thought to be, better than one's neighbor.“²¹ Keynes erkennt durchaus, dass dieses Bedürfnis unersättlich sein mag, doch die Befriedigung relativer Bedürfnisse hält er offensichtlich primär für ein psychologisches und weniger für ein wirtschaftliches Problem, die Dringlichkeit für vergleichsweise gering. Auch sei eine Befriedigung relativer Bedürfnisse nicht notwendigerweise mit steigendem materiellen Konsum verbunden. Für Keynes ist entscheidend, dass die absoluten Bedürfnisse in jedem Fall der Sättigung unterliegen. Daher ist er sich sicher, „(...) dass das *wirtschaftliche Problem* innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte, oder mindestens kurz vor der Lösung stehen wird. Dies bedeutet, dass das wirtschaftliche Problem – wenn wir in die Zukunft sehen – nicht *das beständige Problem der Menschheit* ist.“²²

Keynes erkannte aber bereits damals, dass die Überwindung des Zustands allgegenwärtiger Knappheit von neuen gesellschaftlichen Problemen begleitet sein wird. Vor allem thematisierte er das Problem, dass die Menschheit „eines ihrer traditionellen Zwecke“, nämlich in erheblichem Umfang Arbeitsleistung zu erbringen, zunehmend beraubt sein wird. Die Freizeit- und Mußegesellschaft wird sich nicht ohne weiteres einstellen, niemand könne, „(...) dem Zeitalter der Freizeit und des Überflusses ohne Furcht entgegenblicken (...).“²³ Keynes bricht mit der Vorstellung, das beständige und zentrale Problem der Menschheit bestehe in der – prinzipiell unerreichbaren – Überwindung von Knappheiten. Demgegenüber meint er das „wirkliche“ Problem der Zukunft *im Umgang mit dem Überfluss* erkennen zu können: „Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein – wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann.“²⁴ Vor allem die Konditionierung der Menschen zur Arbeit über Jahrhunderte hinweg erkennt Keynes als ernsthaftes Problem für eine Zukunft, in der

traditionelle Erwerbsarbeit auf Grund abnehmender Produktionsnotwendigkeit bei gleichzeitig wachsender Produktionsfähigkeit zunehmend an Bedeutung abnehmen wird.

Keynes entwirft damit implizit ein Gegenmodell zum „homo oeconomicus“, der bekanntlich eines umfangreichen Anreizsystems bedarf, um überhaupt zu Leistung und Arbeit bewegt werden zu können. Die Sichtweise Keynes' stellt den „homo oeconomicus“ gewissermaßen auf den Kopf, denn: „Für lange Zeiten wird der alte Adam in uns noch so mächtig sein, dass jedermann wünschen wird, *irgendeine* Arbeit zu tun, um zufrieden sein zu können.“²⁵ Um dieser „conditio humana“ gerecht zu werden, schlägt Keynes vor, „die Butter auf dem Brot dünn zu streichen“, sprich, das noch nötige und vorhandene Erwerbsarbeitsvolumen so zu verteilen, dass alle „Adams“ (und sicher auch alle „Evas“) möglichst lange an der noch vorhandenen Erwerbsarbeit partizipieren können. „Mit Drei-Stunden-Schichten oder einer Fünfzehn-Stunden-Woche kann das Problem eine ganze Weile hinausgeschoben werden. Denn drei Stunden am Tag reichen völlig aus, um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen!“²⁶

Die Geschwindigkeit, mit der sich eine Gesellschaft diesem Zustand des Überflusses nähert, wird von vier Faktoren maßgeblich beeinflusst, nämlich „(...) unserer Macht, das Bevölkerungswachstum zu regulieren; unserer Entschlossenheit, Kriege und Auseinandersetzungen im Inneren zu vermeiden; unserer Bereitschaft, der Wissenschaft die Lenkung jener Dinge anzuvertrauen, die das eigentliche Gebiet der Wissenschaft sind; und der Akkumulationsrate, die sich aus der Spanne zwischen unserer Produktion und unserem Konsum ergibt; wobei sich dies Letzte leicht von selbst regeln wird, wenn die drei ersten gegeben sind.“²⁷

Allerdings hatte der Zweite Weltkrieg den Trend zur Überflussgesellschaft erst einmal unterbrochen. Der enorme Wachstumsschub in der Nachkriegszeit mit zeitweise zweistelligen jährlichen Wachstumsraten zeigt jedoch, dass die kriegsbedingten Einbrüche in den betroffenen Ländern relativ schnell wieder ausgeglichen werden konnten und die Entwicklung zunächst auf den alten Wachstumstrend zurückgeschwenkt ist.²⁸ Für heutige Probleme kann daher der zurückliegende und in seinen wirtschaftlichen Folgen lange überwundene Krieg nicht mehr verantwortlich gemacht werden. Auch das Bevölkerungswachstum ist, wie von Keynes richtig unterstellt, stark zurückgegangen. Mit Blick auf die o. g. Faktoren würde Keynes heute die Verantwortung für die aktuellen wirtschaftlichen und vor allem sozialen Verwerfungen in der industrialisierten Welt – Massenarbeitslosigkeit, unterausgelastete Kapazitäten, wachsende Verteilungsdisparitäten, ökologische Probleme etc. – der fehlenden „Bereitschaft, der Wissenschaft die Lenkung jener Dinge anzuvertrauen, die das eigentliche Gebiet der Wissenschaft sind“, zuschreiben.

In der „Allgemeinen Theorie“ tauchen Zukunftsprobleme des Kapitalismus wieder auf und werden umfassend und systematisch wirtschaftstheoretisch analysiert. Die Gliederung dieses Werkes orientiert sich zwar nicht an den vorgestellten Entwicklungsstufen. Auch der Titel, der eine *allgemeine* Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes verspricht, lässt kaum durchgängige Hinweise auf ökonomische Besonderheiten und daraus resultierende *spezifische* Anforderungen einzelner Entwicklungsphasen erwarten. Dennoch spiegeln Keynes' Ausführungen im Einzelnen die grundsätzliche Entwicklungstendenz von der Mangel- zur Überfluggesellschaft wider und verweisen auf entwicklungsbezogene Wirtschaftspolitiken (im Plural). Es zeigt sich: Keynes war alles andere als der „Hydrauliker“ einer „antizyklischen Fiskalmechanik“, wie es die bekannte und wirkmächtige „Darstellung“ der Keynesschen Theorie im „IS/LM-Modell“ von J. R. Hicks nahe legt.²⁹

3. Keynes'sche Wirtschaftstheorie und -politik der ‚langen Frist‘

3.1 Die Konsumanalyse

Für die Fundierung der Keynes'schen Langfristsperspektive ist das auf mikroökonomischer Grundlage formulierte Phänomen einer tendenziell unterproportionalen Zunahme des Konsums bei wachsendem Einkommen von entscheidender Bedeutung

$$\left(\frac{dC}{dY} < 1\right).^{30}$$

Diese „grundlegende psychologische Regel“³¹ – von Keynes auch als „normales psychologisches Gesetz“³² bezeichnet – beruht auf der Überlegung, dass Ersparnisbildung nicht als ausschließlich vom Zinsmechanismus gesteuerte Größe im Sinne der klassischen Nationalökonomie zu begreifen ist, sondern *eigenen* „objektiven“ und „subjektiven“ Motiven folgt, so dass der Zinsfuß nur *einen* Einflussfaktor unter vielen darstellt. Zu den „objektiven“ Größen, die den Hang zum Verbrauch bestimmen und die „(...) in der Regel die hauptsächlichste veränderliche Größe (ist), von der der Verbrauchsbestandteil der Funktion der allgemeinen Nachfrage abhängen wird“,³³ zählt Keynes vor allem Faktoren, die das monetäre Einkommen unmittelbar bestimmen, wie Veränderungen des Realeinkommens, der Steuern und Abgaben, aber auch Erwartungen über die zukünftige Höhe des Einkommens, die das momentane (Vorsorge-)Sparverhalten beeinflussen.³⁴ Hinsichtlich der „subjektiven“ Faktoren unterbreitet er einen Katalog von acht Motiven. Zu diesen zählt er Vorsorgeverhalten für unterschiedliche in der Zukunft liegende Belastungen (Alter, Kindererziehung, Unterhalt von Abhängigen), Schaffung von Unabhängigkeiten, aber auch schlicht Geiz. Auch das Zinsmotiv bleibt nicht unerwähnt, stellt aber eben nur eines unter vielen dar.³⁵ Diese Beweggründe für Ersparnisbildung fasst

er knapp mit den Stichwörtern Vorsicht, Voraussicht, Berechnung, Verbesserung, Unabhängigkeit, Unternehmungslust, Stolz und Geiz zusammen. Sie konkurrieren mit verschiedenen Motiven, die auf unmittelbaren Konsum gerichtet sind, wozu er „(...) Genuss, Kurzsichtigkeit, Freigebigkeit, Fehltreue, Prahlerei und Verschwendung“³⁶ zählt.

Die Ersparnisbildung folgt demnach wie der Verbrauch spezifischen Motiven, so dass erstere als Form der Einkommensverwendung mit dem Konsum konkurriert. Die Aufteilung des Einkommens auf diese beiden Größen lässt sich plausibel mit dem zweiten Gossen'schen Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen erklären: Zunächst bietet jede weitere Konsumeinheit den größeren Nutzen, doch im Zeitverlauf nimmt der Nutzenzuwachs pro zusätzlicher Konsumeinheit ab, bis durch die Verwendung einer zusätzlichen Einkommenseinheit für Ersparnisbildung statt Konsum ein höherer Gesamtnutzen erzielt werden kann. Mit Blick auf die Nachfrage ergibt sich hieraus: „Je größer (...) unser Einkommen, desto größer ist unglücklicherweise auch die Spanne zwischen unserm Einkommen und unserem Verbrauch.“³⁷ Die „fundamentale psychologische Regel“ erfährt somit auch von Seiten der Nutzentheorie ihre Bestätigung.³⁸

Während Keynes es bei dieser teils ökonomischen, teils verhaltenspsychologischen Begründung belassen hat, kann auch die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung zur Untermauerung des abnehmenden Hangs zum Verbrauch herangezogen werden. Ohne auf die makroökonomischen Implikationen Bezug zu nehmen, hatte bereits der führende preußische Statistiker Ernst Engel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachgewiesen, dass die Einkommenselastizität der Nahrungsmittelnachfrage kleiner als eins ist, ein Zusammenhang, der seitdem als „Engel'sches Gesetz“ bezeichnet wird.³⁹ Spätere Untersuchungen des Spar- und Konsumverhaltens von Haushalten haben gezeigt, dass dieses Phänomen nicht nur für Nahrungsmittel, sondern für den Konsum generell gilt. Heute zählt es zum ökonomischen Grundwissen, dass die Ersparnisbildung (der Konsum) bei wachsendem Haushaltseinkommen nicht nur absolut, sondern auch relativ zunimmt (sinkt).⁴⁰

Diese einzelwirtschaftliche Analyse lässt sich auf makroökonomische Zusammenhänge übertragen. Im Verlauf der langfristigen Entwicklung, die mit einem Anstieg des realen Volkseinkommens verbunden ist, steigt auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote auf Grund der zunehmenden Spartätigkeit der einzelnen Haushalte, deren Durchschnittseinkommen mit wachsendem Volkseinkommen ebenfalls steigen, tendenziell an. Von der Nachfrageseite geht also mit zunehmendem Wachstum des Sozialprodukts ein Impuls aus, der die weitere wirtschaftliche Expansion bremst. Gewissermaßen „(...) vereitelt der Wohlstand reicher und reifer Volkswirtschaften eine weitere Wohlstandssteigerung selbst (...).“⁴¹ Auch diese Tendenz ist durch empirische Untersuchungen bestätigt worden.

Allerdings kann auf Grund vielfältiger Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten kein strenger und für jeden Zeitpunkt gleichermaßen nachweisbarer Zusammenhang erwartet werden. So können etwa umfangreiche Marketingmaßnahmen zu einem Konsumanstieg führen, der die Konsumquote trotz steigenden Einkommens vorübergehend konstant hält oder sogar steigen lässt. In die gleiche Richtung wirken auch zeitweise hausierende Preise bei Vermögensaktiva (Immobilien und Wertpapiere, insbes. Aktien).⁴² Auch ist die Verteilung des Volkseinkommens selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Konsumquote. Ein wachsendes Volkseinkommen muss nicht notwendigerweise zu einer höheren gesamtwirtschaftlichen Sparquote führen, *wenn* gleichzeitig eine Einkommensnivellierung stattfindet, d. h. Einkommensanteile von den oberen zu den unteren Einkommensschichten umverteilt werden. Sofern der hiermit verbundene Anstieg der Konsumquote in den oberen Einkommensschichten nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Sparquote in den unteren Einkommensschichten kompensiert wird – was wegen des hier noch reichlich vorhandenen dringenden Bedarfs unwahrscheinlich ist –, wird die gesamtwirtschaftliche Sparquote bei wachsendem Volkseinkommen – zumindest vorübergehend – sinken, ohne dass die „fundamentale psychologische Regel“ hierdurch verletzt würde. Die Möglichkeit, mittels Einkommensumverteilung Beschäftigungsprobleme im Konjunkturverlauf vorübergehend zu lindern, hatte Keynes selbst ausdrücklich betont: „Das Heilmittel würde in verschiedenen Maßnahmen liegen, die den Hang zum Verbrauch durch die Neuverteilung der Einkommen oder andere Mittel zu steigern bezweckten; so dass ein gegebenes Niveau der Beschäftigung zu seiner Grundlage eine geringere Menge laufender Investitionen erfordern würde.“⁴³

Makroökonomisch würden sich aus einem tendenziellen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Sparquote nur dann keine ökonomischen Gleichgewichtsprobleme ergeben, wenn die mit der abnehmenden Neigung zum Verbrauch notwendigerweise wachsende Ersparnisbildung über die Investitionstätigkeit wieder vollständig in den Kreislauf zurückgeführt würde. Allerdings würde auch dies keine dauerhafte Lösung darstellen, da hierdurch die Lücke zwischen (steigendem) Angebot und (zurückbleibender) Nachfrage im Zeitverlauf weiter vergrößert würde. Auch wenn dies die Strategie neoliberaler Ökonomen in der Gegenwart zu sein scheint, bezeichnet Keynes die Möglichkeit als zwar marktwirtschaftlichen, gleichwohl abwegigen „Ausweg“, die Einkommen so weit zu senken, dass sich keine dauerhafte Lücke zwischen Verbrauch und Einkommen des einzelnen (Haushalts) auftun kann: „Der Bestand an Kapital und das Niveau der Beschäftigung werden folglich schrumpfen müssen, bis das Gemeinwesen so verarmt ist, dass die Gesamtersparnis Null geworden ist, so dass die positive Ersparnis einiger Einzelner oder Gruppen durch die negative

Ersparnis anderer aufgehoben wird. In einer unseren Annahmen entsprechenden Gesellschaft muss das Gleichgewicht somit unter Verhältnissen des *laissez-faire* eine Lage einnehmen, in der die Beschäftigung niedrig genug und die Lebenshaltung genügend elend ist, um die Ersparnisse auf Null zu bringen.⁴⁴ Die Möglichkeit, über die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit diese gesamtwirtschaftliche „Nachfragerücke“ dauerhaft zu beseitigen, eröffnet sich Keynes zufolge deshalb nicht, weil Investitionen letztlich durch die Nachfrage bestimmt werden: „Neue Kapitalinvestition kann die laufende Kapitaldisinvestition nur übersteigen, wenn eine Zunahme der *zukünftigen* Ausgabe für den Verbrauch erwartet wird.“⁴⁵

3.2 Die Investitionsanalyse

Die zweite Säule der Keynes'schen Langfristperspektive stellt seine spezifische Investitionsanalyse dar. Im Gegensatz zur (neo-)klassischen Theorie lässt sich nach Keynes über eine Variation des Zinsfußes nicht notwendigerweise ein zum Gleichgewicht nötiges Investitionsvolumen erreichen. Der Zinsfuß stellt auch hier nur *eine* von mehreren Einflussgrößen dar. Demgegenüber räumt Keynes dem „Zustand der langfristigen Erwartungen“ über zukünftige Gewinn- und Absatzmöglichkeiten eine zentrale Bedeutung für die Bestimmung der Investitionen ein, denn „(...) Erwartungen über die Zukunft (spielen) eine vorherrschende Rolle in der Bestimmung der Skala (...), nach der neue Investition ratsam erscheint. Wie wir aber gesehen haben, ist die Grundlage für solche Erwartungen sehr fragwürdig“⁴⁶ – und, so wäre hinzuzufügen, sie wird mit zunehmender Entwicklung immer fragwürdiger. Nur wenn die Erträge, die aus einer Investition *erwartet* werden, mindestens gleich den Erträgen aus einer alternativen Finanzanlage sind, kommt es überhaupt zur Investition. Diese Beziehung hat Keynes mittels der „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ formalisiert, die, wie aus der Investitionsrechnung bekannt, den internen Zinsfuß des investierten Kapitals beschreibt. Nur wenn die erwartete Verzinsung der Investition über dem Marktzins liegt, wird sich ein rational verhaltender Investor für die Investition entscheiden.⁴⁷ Vor diesem Hintergrund wird das gesamte Volumen der Investitionstätigkeit nur mittelbar vom aktuellen Marktzins bestimmt. Es werden nur so lange Investitionen vorgenommen, bis es „(...) keine Klasse von Kapitalwerten mehr gibt, deren Grenzleistungsfähigkeit den laufenden Zinsfuß übersteigt.“⁴⁸ Hieraus folgt, dass es abhängig von der von subjektiven Einschätzungen geprägten Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unterschiedliche Investitionsvolumina bei gleichem Marktzins geben kann, oder anders ausgedrückt: Ein sinkender Marktzins kann bei gleichzeitiger Veränderung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mit einem sinkenden Investitionsvolumen einhergehen. Damit verliert der Zinsfuß seine Fähigkeit, mit Notwendigkeit einen gesamtwirtschaftlichen Ausgleich von (freiwilligem) Sparen und (frei-

williger) Investition herbeizuführen.

Vor dem Hintergrund zurückgehender Erwartungen über zukünftige Absatzmöglichkeiten sinkt langfristig die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals.⁴⁹ Gleichzeitig und gleichgerichtet sinkt auch der Marktzins, da ausbleibender Investitionsbedarf auch zu einem sinkenden Kapitalbedarf führt. In einer wachstumsfreien Wirtschaft wird der Rentier funktionslos. Keynes gibt seiner Überzeugung Ausdruck, dass „(...) ein richtig geleitetes, mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, in der Lage sein sollte, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht (gemeint ist ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht, N. R.) auf ungefähr null herunterzubringen; so dass wir die Zustände eines quasi-statischen Gemeinwesens erreicht haben würden, in dem Änderungen und Fortschritt sich nur aus Änderungen in der Technik, im Geschmack, in der Bevölkerung und in den Institutionen ergeben würden (...). Wenn ich recht habe mit meiner Annahme, dass es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden.“⁵⁰ Dass Keynes das Vorhandensein von Zinseinkommensempfängern zu solchen „anstößigen“ Formen rechnet, macht er an anderer Stelle unmissverständlich deutlich: „Obschon dieser Zustand (einer weitgehend gewinn- und wachstumslosen Wirtschaft, N. R.) nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentners bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht der Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.“⁵¹ Zurückgehendes Wachstum, sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, rückläufiger Zinsfuß und „sanfter Tod des Rentiers“ sind für Keynes Symptome ein und desselben Prozesses, nämlich einer erreichten Überwindung von Knappheiten in der dritten Phase der wirtschaftlichen Entwicklung von marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften.⁵²

3.3 Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen

Die langfristige Entwicklung industriell-marktwirtschaftlicher Systeme vor Augen, deren konstitutives Moment in einer notwendigerweise abnehmenden privatwirtschaftlichen Konsum- und einer *daraus resultierenden* zurückgehenden Investitionsdynamik besteht – obwohl zum makroökonomischen Gleichgewicht ein steigendes Investitionsvolumen notwendig wäre –, ließ Keynes nach Möglichkeiten suchen, dieser Entwicklung – zumindest übergangsweise – entgegenzuwirken, um das damit einhergehende Beschäftigungsproblem zu lösen. Grundsätzlich sah er die Möglichkeit, dass ein umfangreiches Mäzenatentum⁵³ in der Lage wäre, diese

Entwicklung zu bremsen oder zumindest für eine gewisse Zeit aufzuhalten, jedoch hegte er große Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer derartigen „feudalen“ Lösung des Beschäftigungsproblems: „Soweit Millionäre ihre Befriedigung darin finden, mächtige Paläste zur Beherbergung ihrer Leiber während ihres Lebens und Pyramiden zu ihrer Bergung nach dem Tode zu errichten, oder in Bereuung ihrer Sünden Kathedralen erbauen und Klöster oder Missionen beschenken, kann der Tag, an dem die Fülle des Kapitals auf die Fülle der Produktion störend einwirkt, aufgeschoben werden. ‚Das Graben von Löchern im Erdboden‘, bezahlt aus Ersparnissen, wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das reale Einkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren.“ Keynes beendet diesen Gedankengang nicht, ohne hinzuzufügen: „Es ist aber nicht vernünftig, dass sich ein verständiges Gemeinwesen damit begnügen sollte, von solchen zufälligen und oft verschwenderischen Linderungen abhängig zu bleiben, nachdem wir einmal die Einflüsse verstanden haben, von denen die wirksame Nachfrage abhängt.“⁵⁴

Keynes' Untersuchungen über die Veranlassung zur Investition und der denkbare, gesamtgesellschaftlich jedoch wenig nützliche privatwirtschaftliche Lösungsansatz festigten seine Überzeugung, „(...) dass die Aufgabe, die laufende Menge der Investition zu leiten, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann.“⁵⁵ Einem aufgeklärten und demokratischen Staatswesen angemessen wäre demgegenüber eine gesamtgesellschaftliche Koordination privatwirtschaftlich nicht nachgefragter Ressourcen. Ein solcher kollektiv gesteuerter Umgang mit dem Produktionspotenzial würde auch den Druck von der privaten Wirtschaft nehmen, den im Inland nicht mehr zu realisierenden Absatz durch wachsende Exporte kompensieren zu müssen, was das grundlegende Problem zunehmender Absatzprobleme ohnehin nicht löst, sondern nur in andere Länder verlagert.⁵⁶ Insofern war es für Keynes nicht nur ein Gebot internationaler Fairness, binnenwirtschaftliche Probleme auch binnenwirtschaftlich zu lösen, sondern letztlich auch eine Notwendigkeit, um internationalen Wirtschaftskonflikten vorzubeugen: „Wenn aber die Nationen lernen können, sich durch ihre Inlandpolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen (...), braucht es keine wichtigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen. (...) Internationaler Handel würde aufhören das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelter Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt (...).“⁵⁷

Gesamtgesellschaftlich koordinierte und staatlich geleitete Investitionen sind für Keynes allerdings kein überzeitliches Mittel, Vollbeschäftigung zu

gewährleisten. Innerhalb eines Übergangszeitraums (zweite Phase, s. o.) sieht er jedoch noch genügend sinnvolle Investitionsgelegenheiten, die die kollektive Wohlfahrt zu steigern in der Lage sind. Auf lange Sicht kann freilich nicht sinnvoll über öffentlich initiiertes Wachstum Vollbeschäftigung hergestellt werden, da es zunehmend dem Graben und Schließen von immer größeren Erdlöchern gleichen würde.

In dem Zusammenhang wundert sich Keynes über eine Asymmetrie in der Wahrnehmung der breiten Bevölkerung hinsichtlich der Möglichkeit, über öffentliche Investitionsprogramme das Beschäftigungsproblem zu mildern: „Es ist eine bemerkenswerte Sache,“ schreibt er, „dass die übliche Meinung sich dieser unausweichlichen Schwierigkeit nur bewusst zu sein scheint, wenn es sich um *öffentliche* Investition handelt, wie im Falle von Straßenbauten, Häuserbauten und dergleichen. Als Einwand gegen Pläne für die Vermehrung der Beschäftigung durch die Investitionstätigkeit öffentlicher Behörden wird gemeinhin vorgebracht, dass sie Schwierigkeiten für die Zukunft schaffen. ‚Was wollt ihr tun‘, wird gefragt, ‚wenn ihr alle Häuser und Straßen und Stadthallen und Elektrizitätswerke und Wasserwerke usw. gebaut habt, die die stabile Bevölkerung der Zukunft aller Erwartung nach benötigen kann?‘ Aber es wird nicht so leicht verstanden, dass dieselbe Schwierigkeit für private Investition und industrielle Ausdehnung gilt; besonders für diese, da eine Sättigung der Nachfrage für neue Fabriken und Betriebe, deren jede einzeln nur wenig Geld absorbiert, viel eher erwartet werden kann, als eine Sättigung der Nachfrage für Wohnhäuser.“⁵⁸

Die „Allgemeine Theorie“ endet mit der nachdrücklichen Warnung, dass es ohne öffentliche Eingriffe, die als Ergänzung, nicht als Aufhebung des Marktmechanismus gedacht sind, zu wachsenden Ungleichgewichten auf den Arbeitsmärkten kommen muss, da die Nachfrage nach Arbeit auf Grund wachsender Ersparnis, sinkender Konsumdynamik und zurückgehenden privatwirtschaftlichen Investitionen abnehmen wird.⁵⁹ Eine Lösung sah Keynes zu diesem Zeitpunkt vor allem in Maßnahmen, die einerseits auf eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Konsumquote abzielen und andererseits das Investitionsgeschehen beleben, wofür er öffentliche oder halböffentliche Stellen in die Verantwortung ziehen wollte. Kritikern dieser Forderungen hielt er entgegen: „Während daher die Ausdehnung der Aufgaben der Regierung, welche die Ausgleichung des Hanges zum Verbrauch und der Veranlassung zur Investition mit sich bringt, einem Publizisten des neunzehnten Jahrhunderts oder einem zeitgenössischen amerikanischen Finanzmann als ein schrecklicher Eingriff in die persönliche Freiheit erscheinen würde, verteidige ich sie im Gegenteil, sowohl als das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch als die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des Einzelnen.“⁶⁰

Hierbei ging es ihm freilich nicht um die Installation eines zentralistischen Systems. Dies hatte er bereits 1925 betont: „Ich glaube, dass der Staat in Zukunft viele Pflichten übernehmen muss, die er in der Vergangenheit vermieden hat. Für diese Zwecke werden die Minister und das Parlament unbrauchbar sein. Unsere Aufgabe muss sein zu dezentralisieren und zu übertragen, wo immer wir können, und vor allem halbautonome Körperschaften und Verwaltungsorgane einzurichten, die mit alten und neuen Staatsaufgaben betraut werden – ohne dass jedoch der demokratische Grundsatz oder die grundlegende Souveränität des Parlaments beeinträchtigt wird.“⁶¹

Eine derartige Ergänzung marktwirtschaftlicher Kräfte hielt Keynes nur für eine bestimmte Zeitspanne in der Entwicklung marktwirtschaftlicher Industriegesellschaften für zielführend, die als die „zweite Phase“ beschrieben wurde und gewissermaßen die Übergangszeit von der Mangel- in die Überflussesgesellschaft darstellt. Insofern ist die „Allgemeine Theorie“ primär eine „allgemeine“ Theorie der zweiten Phase, die sich aber auch erkennbar als solche begreift. In der „langen Frist“, also der dritten Phase, in der eine weitere Steigerung der jährlichen realen Zuwächse unmöglich wird, lautet die Antwort auf die Beschäftigungsfrage: Arbeitszeitverkürzung. „Es kommt ein Punkt,“ schreibt Keynes bereits in der „Allgemeinen Theorie“, „an dem jeder Einzelne die Vorteile vermehrter Mühe gegen vermehrtes Einkommen abwägt.“⁶²

Angesichts der Ausführlichkeit mit der sich Keynes mit unterschiedlichen Phasen der kapitalistischen Entwicklung und jeweiligen passgenauen wirtschaftspolitischen Reaktionen beschäftigt hat, bleibt abschließend zu hoffen, dass sich in Zukunft die Reduzierung des Keynesianismus lediglich auf antizyklische Fiskalpolitik nicht weiterhin als „schier unausrottbare Fehlinterpretation“ erweisen wird. Dann dürfte der Weg frei sein zu der Erkenntnis, dass der Keynesianismus seine Zeit nicht hinter, sondern noch vor sich hat.

Anmerkungen

¹ Zinn (1989) 249.

² Zu dieser Fehleinschätzung dürfte beigetragen haben, dass selbst bedeutende Ökonomen wie Erich Preiser dezidiert diese Position vertreten haben. Vgl. z. B. Preiser (1967) 143. Vgl. auch Verspohl (1971) 51 mit weiteren Belegstellen.

³ Vgl. u. a. Hahn (1967) und Pöhl (1967).

⁴ Mattfeldt (1985) 9.

⁵ Crotty (1990) 762.

⁶ Ebendort.

⁷ Vgl. z. B. Verspohl (1971) 130.

⁸ Vgl. Keynes (1943). Erstmals wurde dieser Keynes'sche Aufsatz von Zinn leicht gekürzt mit einem einleitenden Kommentar ins Deutsche übertragen. Vgl. Zinn (1988). Erneut abgedruckt in Zinn (1997).

⁹ Vgl. Einleitung zum Kapitel „Employment Policy“, in: Keynes (1980) 264.

¹⁰ Vgl. Keynes (1943). 1937 hatte auch Joan Robinson unter Bezug auf Keynes eine ähnliche Einschätzung der langfristigen Beschäftigungsentwicklung unter dem Titel „The long-period Theory of Employment“ vorgelegt. Vgl. hierzu Reiner (1998), 100-108.

¹¹ Ebendort 141f.

¹² Ebd. 142.

¹³ Vgl. hierzu Zinn (1994) 63ff.

¹⁴ Keynes (1943) 143.

¹⁵ Vgl. Keynes (1925) 111f. Vgl. hierzu auch Crotty (1990) 767f.

¹⁶ Keynes (1930) 116.

¹⁷ Ebendort 120.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Vgl. zu dieser Einschätzung auch Glastetter (1971) 118f.

²⁰ Keynes (1930) 120. Vgl. hierzu Zinn (1999).

²¹ Veblen (1990) 392.

²² Keynes (1930) 121 (Hervorh. im Orig.).

²³ Ebendort 122.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebendort 123 (Hervorh. im Orig.).

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebendort 126.

²⁸ Vgl. Abelshauser (1983) insbes. 85-102.

²⁹ Vgl. Hicks (1937).

³⁰ Vgl. Keynes (1983) 83f. „Das bedeutet, dass, wenn die Beschäftigung und folglich das gesamte Einkommen zunimmt, *nicht alle* zusätzliche Beschäftigung zur Befriedigung der Bedürfnisse zusätzlichen Verbrauchs benötigt werden wird.“ Ebd., S. 84 (Hervorh. im Orig.).

³¹ Ebendort.

³² Ebendort 98.

³³ Ebendort 83. Bereits 1908 hatte Lujo Brentano das Sparverhalten der Menschen anthropologisch fundierter als Keynes beschrieben und vor diesem Hintergrund dessen „grundlegende psychologische Regel“ vorweggenommen, so dass er als der eigentliche Entdecker dieser Regel bzw. dieses Gesetzes anzusehen ist. Vgl. hierzu Zinn (1993).

³⁴ Vgl. Keynes (1983) 77-91.

³⁵ Vgl. ebendort 92-96.

³⁶ Ebendort 93.

³⁷ Ebendort 90.

³⁸ Mit Blick auf die für Sparen und Konsum aufgewendete Arbeitsmenge hat Zinn eine „Gossen-Keynes'sche Regel“ wie folgt definiert: „Oberhalb der Spar-Schwelle nimmt mit steigendem Einkommen die für Konsumzwecke aufgewandte Arbeitsmenge relativ ab bzw. der Arbeitsaufwand für die Geldvermögensbildung nimmt relativ zu.“ Zinn (1986) 81 (Hervorh. im Orig.).

³⁹ Vgl. hierzu Burkhardt (1961) 222f.; Hankel (1986) 53.

⁴⁰ In zahlreichen Untersuchungen sind alternative Konsumhypothesen wie die *permanent income*- und die *life cycle*-Theorie, die keinen Anstieg der Sparquote bei steigendem Einkommen unterstellen, empirisch immer wieder widerlegt worden: „The evidence (...) is so strong and so consistent that it would appear difficult for proponents of the permanent income and life-cycle theories to continue to insist that savings rates are unrelated to income.“ Frank (1985) 149. Vgl. hierzu mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland die Angaben bei Huster (1993) 45.

⁴¹ Verspohl (1971) 123. In jüngster Zeit hat Zinn diesen Gedanken wieder in die Diskussion zurückzuholen versucht, indem er betont, dass die Wirtschaftsdynamik notwendi-

gerweise nach erfolgtem Wiederaufbau und bei abnehmendem Bevölkerungswachstum nachlassen *muss*, der Wachstumsprozess also aus sich selbst heraus seine Grenze erzeugt, die „(...) umso rascher erreicht (wird), je stärker *und* störungsfreier die Expansion verläuft.“ Zinn (1994) 34 (Hervorh. im Orig.).

⁴² Ein besonders herausragendes Beispiel stellen die USA der 1990er Jahre dar, wo die Sparquote der privaten Haushalte ständig gefallen, 1998/99 sogar in den negativen Bereich gerutscht war. Dieser dramatische Rückgang der Sparquote korrelierte allerdings mit einem starken Anstieg des Kapitalvermögens der amerikanischen Haushalte, das sich in den 1990er Jahren schlicht verdoppelt hatte. Vgl. Gale und Sabelhaus (1999) 181ff. Insofern widerspricht die Entwicklung der Sparquote amerikanischer privater Haushalte entgegen des ersten Anscheins nicht der Keynes'schen Konsumtheorie: „Der Rückgriff auf die Keynes'sche Theorie zeigt allerdings, dass sich die US-Haushalte konsumtheoretisch gesehen völlig normal verhalten. Denn der Vermögenseffekt steigender Börsenkurse stellt einen der »objektiven Faktoren« des Spar- bzw. Konsumverhaltens dar. Die Konsumbereitschaft steigt prognostizierbar infolge der – nicht in das statistisch erfasste Einkommen einbezogenen – »Papiergewinne« (»windfall changes in capital-value not allowed in calculating net income«).“ Zinn (2000) 121.

⁴³ Keynes (1983) 274. Zur Frage, ob „Gegenkräfte“ zur sinkenden Sparquote (etwa durch unproduktive Surplus-Absorption mittels Werbung, Produktinnovationen etc.) die Keynes'sche Hypothese widerlegen können vgl. Reuter (2000) 375-425.

⁴⁴ Keynes (1983) 182 (Hervorh. im Orig.).

⁴⁵ Ebendort 90 (Hervorh. im Orig.).

⁴⁶ Ebendort 266f.

⁴⁷ Vgl. ebendort 114ff.

⁴⁸ Ebd. 115.

⁴⁹ Hierzu hielt Keynes 1936, also noch vor dem Zweiten Weltkrieg, der die Welt wieder in bereits überwunden geglaubte Knappheitszustände zurück katapultierte, fest: „Auf wirklicher langfristiger Erwartung beruhende Investition ist heute so schwierig, dass sie kaum durchführbar ist.“ Ebd. 132. Da Keynes die abnehmende Investitionsneigung ausführlich nachfragetheoretisch begründet hat, ist die etwa von Verspohl und in jüngster Zeit wieder von Falkinger geäußerte Kritik, Keynes habe nur „unvollkommen und widersprüchlich“ begründet, warum die Investitionsneigung zur Absorption der Ersparnisse nicht ausreicht, unverständlich. Vgl. Verspohl (1971) 102 u. 129f.; Falkinger (1986) 77, Fn. 64. Wenn man Keynes' Ansichten nicht teilt, muss man Kräfte aufzeigen können, die dazu führen, dass trotz abnehmender Konsumneigung/steigender Sparquote wachsende Nettoinvestitionsvolumen das System permanent im Gleichgewicht halten.

⁵⁰ Keynes (1983) 184f.

⁵¹ Ebd. 317. An früherer Stelle hatte er bereits festgehalten: „Obschon der Rentner verschwinden würde, würde trotzdem noch Raum für Unternehmungslust und für Geschicklichkeit in der Schätzung voraussichtlicher Erträge sein, über welche die Ansichten voneinander abweichen könnten.“ Ebd. 185.

⁵² Vgl. Mattick (1971) S. 23-27.

⁵³ Heute spricht man üblicherweise vom „*social sponsoring*“. Die ökonomische Funktion ist jedoch die gleiche geblieben.

⁵⁴ Keynes (1936) 184.

⁵⁵ Ebd. 271.

⁵⁶ Vgl. Reuter (1998) 22f.

⁵⁷ Keynes (1936) 322f. Die Vorschläge von Keynes während der Internationalen Währungskonferenz in Bretton Woods 1944 waren darauf angelegt, eine nationale Beschäftigungspolitik international abzusichern. Kernelement war die Einrichtung einer Weltzentralbank, die für alle angeschlossenen nationalstaatlichen Zentralbanken eine

verbindliche Reservewährung, den „bancor“, ausgeben und auf Rechnung dieser Zentralbanken über die bei ihr zu unterhaltenden „bancor“-Einlagen deren Zahlungsbilanzausgleich vornehmen sollte. Bei Zahlungsbilanzungleichgewichten müssten nicht nur Bancor-Schuldner Kreditzinsen, sondern auch Bancor-Gläubiger Strafzinsen zahlen, so dass beide gleichermaßen ein Interesse an einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz hätten. Vgl. hierzu Hankel (1986) 69ff.; Mattick (1971) 135-139.

⁵⁸ Keynes (1936) S. 91 (Hervorh. im Orig.).

⁵⁹ „Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen.“ Ebd. 314.

⁶⁰ Ebd. 321. An anderer Stelle hält er fest: „Während ich eine sozial geleitete Investitionsrate befürworte, die sich eine fortschreitende Abnahme in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zum Ziel setzt, würde ich gleichzeitig alle Arten der Politik unterstützen, die den Hang zum Verbrauch vermehren.“ Ebd. 275. Vgl. auch ebd. 319. Vgl. hierzu auch Peacock (1993) 28f.

⁶¹ Keynes (1925) 109.

⁶² Ebendort.

Literatur

- Abelshauser, Werner, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Frankfurt a. M. 1983).
- Burkhardt, Felix, Engel, Ernst, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW). Zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, hrsg. von Erwin v. Beckerath u. a., Bd. 3 (Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1961) 222f.
- Crotty, James R., Keynes on the Stages of Development of the Capitalist Economy: The Institutional Foundation of Keynes's Methodology, in: Journal of Economic Issues 24/3 (1990) 761-780.
- Falkinger, Josef, Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstums (Tübingen 1986).
- Frank, Robert H., Choosing the Right Pond. Human Behavior and the Quest for Status (New York/Oxford 1985).
- Gale, William G.; Sabelhaus, John, Perspectives on the Household Saving Rate, in: Brookings Papers on Economic Activity 1 (1999) 181-214.
- Glastetter, W., Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie. Eine dogmenkritische Auseinandersetzung mit der These von der Überflusgesellschaft (Köln 1971).
- Hahn, L. Albert, Ende der Ära Keynes?, in: Kyklos 20 (1967) 270-286.
- Hankel, Wilhelm, John Maynard Keynes. Die Entschlüsselung des Kapitalismus (München 1986).
- Hicks, J. R., Mr. Keynes and the „Classics“; a Suggested Interpretation, in: Econometrica 5 (1937) 147-159.
- Huster, Ernst-Ulrich, Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz (Frankfurt am M./New York 1993).
- Keynes, John Maynard, Bin ich ein Liberaler? (1925), in: Reuter (1998) 103-114.
- Keynes, John Maynard, Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1930), in: Reuter (1998) 115-127.
- Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (Original 936; 6. Auflage, Berlin 1983).
- Keynes, John Maynard, Das Langfristproblem der Vollbeschäftigung (1943), in: Reuter

- (1998) 139-144.
- Keynes, John Maynard, *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 27: *Activities 1940-1946. Shaping the Post-War World: Employment and Commodities* (London/Basingstoke 1980).
- Mattfeldt, Harald, *Keynes. Kommentierte Werkauswahl* (Hamburg 1985).
- Mattick, Paul, *Marx und Keynes. Die Grenzen des „gemischten Wirtschaftssystems“* (Frankfurt a.M./Wien 1971).
- Peacock, Alan, *Keynes and the Role of the State*, in: Crabtree, Derek; Thirlwall, A. P., *Keynes and the Role of the State. The Tenth Keynes Seminar held at the University of Kent at Canterbury 1991* (New York 1993) 3-32.
- Pöhl, Karl Otto, *Ende der Ära Keynes?*, in: *Der Volkswirt* 11 (17.3.1967) 418f.
- Preiser, Erich, *Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und Notwendigkeit* (1967), in: ders., *Wirtschaftspolitik heute. Grundprobleme der Marktwirtschaft* (München 1967) 142-160.
- Reiner, Sabine, *Was ist politisch an der Politischen Ökonomie? Joan Robinsons Beiträge zur Politisierung der ökonomischen Theorie* (Baden-Baden 1998).
- Reuter, Norbert, *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief* (Marburg 1998).
- Reuter, Norbert: *Ökonomik der „Langen Frist“*. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften (Marburg 2000).
- Veblen, Thorstein, *Some Neglected Points in the Theory of Socialism* (1892), in: ders., *The Place of Science in Modern Civilization and Other Essays* (1919); Neuaufgabe (New York 1990) 387-408.
- Verspohl, Erich, *Der Stagnationsgedanke in der Nationalökonomie. Eine dogmengeschichtliche und analytische Studie* (Köln 1971).
- Zinn, Karl Georg, *Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx* (Hamburg 1986).
- Zinn, Karl Georg, *Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung*, in: *Sozialismus* 6 (1988) 18ff.
- Zinn, Karl Georg, *Entwicklungstendenzen reifer Volkswirtschaften – Überlegungen zur Synthese von Keynes und Fourastié*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 15/2 (1989) 249-263.
- Zinn, Karl Georg, *Keynes' „fundamentales psychologisches Gesetz“ und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 113/3 (1993) 447-459.
- Zinn, Karl Georg, *Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften* (Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1994).
- Zinn, Karl Georg, *Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung*, in: *Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege* (Hamburg 1997) 153-156.
- Zinn, Karl Georg, *Bedürfnisse als Basis des Wirtschaftens – Entwicklung im sozialökonomischen Denken und Bedeutung für eine ökonomische Wissenschaft*, in: Bellebaum, Alfred; Schaaff, Herbert; Zinn, Karl Georg (Hrsg.), *Ökonomie und Glück. Beiträge zu einer Wirtschaftslehre des guten Lebens* (Opladen/Wiesbaden 1999) 124-156.
- Zinn, Karl Georg, *Im Übergang vom Spätkapitalismus zum Neofeudalismus? – Die amerikanische Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: Goldschmidt, Werner; Klein, Dieter; Steinitz, Klaus (Hrsg.), *Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive* (Heilbronn 2000) 104-123.

Zusammenfassung

Der Keynesianismus gilt gemeinhin als eine ökonomische Theorie, deren Kern in der theoretischen Begründung einer antizyklischen Fiskalpolitik liegt, deren Finanzierung über

periodisches *deficit spending* erfolgt. Da die Tilgung derart entstandener staatlicher Defizite jeweils einen neuerlicher Konjunkturaufschwung voraussetzt, hat sich die „schiefer unausrottbare Fehlinterpretation“ durchgesetzt, der Keynesianismus habe allenfalls für Zeiten Gültigkeit, die durch einen starken Wachstumstrend charakterisiert sind. Darüber hinaus fehle ihm jedoch jegliche Langfristperspektive.

Demgegenüber wird in dem Beitrag gezeigt, dass sich Keynes durchgängig mit der langfristigen Veränderung kapitalistischer Wirtschaftssysteme auseinandergesetzt hat. Für ihn stand fest, dass wegen nachfragetheoretisch zu begründender Wachstumsabschwächung in der Zukunft eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Neuorientierung stattfinden muss. Demzufolge ist die antizyklische Fiskalpolitik lediglich einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung zuzuordnen, die in fortgeschrittenen Industriegesellschaften zunehmend der Vergangenheit angehört. So gesehen hat der Keynesianismus seine Zeit noch vor sich.